TL6092

IMBAS

Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN-Staaten

IMBAS, Postfach 11 11 31, 6300 Giessen (West-Germany)

Einschreiben mit Rückschein

Herrn Bundesminister
Hans-Dietrich Genscher
Auswärtiges Amt
Adenauerallee 99 - 103

5300 Bonn 1

Postfach 111131
63 Gießen
West-Germany

25. April 1987

Sehr geehrter Herr Minister,

als Anlage überreichen wir Ihnen den an Sie gerichteten und von 142 Menschen unterzeichneten Offenen Brief vom 18. April 1987 bezüglich Osttimor.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie ferner darauf hinweisen, daß auch die Christlich-Demokratische Internationale (CDI), der auch die CDU angehört, auf ihrer Generalversammlung vom 6. Juni 1986 in Lissabon eine Resolution verabschiedete, in der es unter anderem heißt:

"Der bewaffnete Widerstand in den Bergen, der von einer der am besten ausgerüsteten Armeen der Welt noch nicht besiegt werden konnte, hat zu einer Völkermordpolitik der indonesischen Autoritäten geführt. (...) Die CDI verurteilt deshalb die Besetzung von Osttimor, die weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen verursacht."

Die am Donnerstag, dem 23. April 1987 stattgefundenen "Wahlen" in Indonesien fielen wie erwartet aus. Trotz vielfältiger Manipulationsmöglichkeiten (die im Offenen Brief genannt wurden) gingen die indonesischen Behörden in Osttimor beim Fälschen so ungeschickt vor, daß (wie schon bei den "Wahlen" von 1982) über 100% der Stimmberechtigten ihre Stimme abgegeben haben sollen. Ein deutlicherer Beweis für die Wahlmanipulation ist wohl kaum zu erbringen.

Wir bekräftigen auch daher nochmals die im Offenen Brief an Sie gerichteten Forderungen.

Wir ersuchen Sie ferner:

- Nehmen Sie bitte öffentlich zur Wahlfarce in Osttimor Stellung! Weisen Sie die Behauptung der indonesischen Militärs zurück, die Bevölkerung Osttimors habe mit diesen "Wahlen" für die "Integration" in Indonesien gestimmt!

Spendenkonto: M. Rings, Konto-Nr. 247437 – 609, Postscheckamt Ffm.

IMBAS

Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN-Staaten

IMBAS, Postfach 11 11 31, 6300 Giessen (West-Germany)

Postfach 111131
63 Gießen
West-Germany

25. April 1987

- Bringen Sie auf der nächsten Tagung der "Inter-Governmental Group on Indonesia" (IGGI) die Osttimor-Frage auf die Tagesordnung!

- Sorgen Sie dafür, daß keine Gelder der IGGI für Projekte in Osttimor verwandt werden!

- Machen Sie die Gewährung von weiteren Geldern an Indonesien von einem Einlenken in der Osttimor-Frage abhängig!

Am 20. Oktober 1986 suchten vier osttimoresische Studenten in der niederländischen Botschaft in Jakarta um politisches Asyl nach. Die portugiesische Regierung betrachtet die Bewohner Osttimors nach wie vor als portugiesische Staatsbürger; was internationalem Recht entspricht. Daher stellte Portugal für die vier osttimoresischen Flüchtlinge Pässe aus und stellte auch Flugtickets zur Verfügung. Trotzdem warten die Vier bis heute auf Ihre Ausreise, da Indonesien sich weigert, sie ausreisen zu lassen.

- Bitte wirken Sie auf die indonesische Regierung ein, damit diese den vier osttimoresischen Flüchtlingen endlich eine Ausreisegenehmigung erteilt und sie das Land verlassen können!

In Erwartung Ihrer Rückäußerung verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

I M B A S
Initiative für die Menschenrechte
aller Bürger der ASEAN-Staaten

AUSWÄRTIGES AMT
342-320.20 Ost-Timor
(Bitte bei Antwort angeben)

Auswärtiges Amt · Postfach 1148 · 5300 Bonn 1

Bonn, den 22. Juni 1987
☎ (0228) 17-0
Durchwahl 17-2646

IMBAS
z. H. Herrn [redacted]
Postfach 11 11 31

6300 Gießen

Sehr geehrter Herr [redacted]

für Ihr an Herrn Bundesminister Genscher gerichtetes Schreiben vom 25.04.1987 danke ich Ihnen und möchte folgendes dazu bemerken:

Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung auf Ost-Timor mit großer Aufmerksamkeit. Sie tritt nicht nur in Indonesien, sondern weltweit für die Menschenrechte ein. Diese Haltung wird von allen EG-Staaten geteilt. Namens der EG hat es gerade im vergangenen Herbst mehrere entsprechende Demarchen bei der indonesischen Regierung gegeben. Dieses Instrument muß aber behutsam genutzt werden, wenn es seine Wirkung erzielen soll. Öffentliche Reden hierüber dürfte dem Sinn und Zweck eher abträglich sein.

Die in dem offenen Brief an Bundesminister Genscher wiedergegebene Äußerung, daß in Ost-Timor der "nach Kambodscha blutigste Konflikt seit dem 2. Weltkrieg" geführt werde, kann sicherlich angesichts zahlreicher anderer Konflikte, wie z. B. der immer noch andauernde Iran-Irak-Krieg, so nicht richtig sein. Gerade bezüglich Ost-Timors läßt sich außerdem feststellen, daß in den letzten Jahren eine ganze Reihe von unabhängigen Besuchern positive Berichte über ihre Aufenthalte in Ost-Timor verfaßt haben. Dazu gehören z. B. eine Delegation der japanischen Botschaft in Jakarta, ein Vertreter des schwedischen Außenministeriums und der deutsche Dominikanerpater Rüdiger Seiferth, der im Frühjahr 1986 dort war und das Land aus eigener Anschauung noch aus der Zeit der portugiesischen Herrschaft kennt. Auch Vertreter eini-

/2

ger internationaler Organisationen wie z. B. des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), der WHO und des Catholic Relief Service haben sich in Ost-Timor aufgehalten. Glaubwürdige indonesische Veröffentlichungen zeigen im übrigen auf, daß Indonesien den Landesteil Ost-Timor außerordentlich großzügig entwickelt hat, so daß das pro-Kopf-Einkommen in den letzten zehn Jahren von 40 auf 110 US $ gestiegen ist, und im Unterrichts- und Gesundheitswesen in diesem Zeitraum Entwicklungssprünge zu verzeichnen sind.

Im übrigen möchte ich noch darauf verweisen, daß Indonesien unter der Ägide des Generalsekretärs der Vereinten Nationen mit der früheren Kolonialmacht Portugal Verhandlungen zur Lösung der mit Ost-Timor verbundenen Fragen führt. Die Bundesregierung ermutigt beide Seiten, zu einem raschen und befriedigenden Verhandlungsergebnis zu kommen, das den Interessen aller Beteiligten gerecht wird.

Abschließend kann ich Ihnen mitteilen, daß ich anläßlich der jüngsten iGGi-Tagung Gelegenheit genommen habe, das Thema gegenüber der indonesischen Delegation zur Sprache zu bringen und eine Kopie Ihres Schreibens zu übergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dane

(Dr. H. Dane)

Inofficial uncertified translation of the letter dated June 22, 1987 sent by Dr. H. Dane by order of the German Foreign Ministry to IMBAS.

Dear Sir,

I thank you for your letter dated April 25, 1987 addressed to the Foreign Minister Mr. Genscher and I like to comment as follows:

The Federal Government (of Germany; the transl.) watches the development on East Timor with a great deal of attention. It is engaged for Human Rights not only in Indonesia, but world-wide. This attitude is shared by all EEC-states. In the name of the EEC there had been several démarches in last autumn to the Indonesian government. But this instrument must be used with care, if it is to have an effect. Public statements on that would only be detrimental to the intended aim.

The statement made in the open letter to Federal Minister Genscher that East Timor is experiencing the "bloodiest conflict since the Second Worldwar after Cambodia" cannot be true in view of numerous other conflicts such as the continuing Iran-Iraq-war. Especialy in regard to East Timor it can be noted, that in the past years several independent visitors have made positive reports on their stays in East Timor. These visitors included, for example, a delegation from the Japanese Embassy in Jakarta, a representative of the Swedish foreign ministry and the German Dominican friar Rüdiger Seiferth, who was there in spring 1986 and who knows the country by own experience from the time when is was governed by the Portuguese. In addition representatives of international organizations like the International Committee of the Red Cross (ICRC), the WHO and the Catholic Relief Service visited East Timor. Trustworthy Indonesian publications further show that Indonesia has been very generous by developing the "Landesteil" (German word for "part of the country"; the transl.) of East Timor, so that the per-capita-income rose in the past 10 years from 40 to 110 US$, and progress can be recorded during the same period of time with respect to education and health care.

...

Furthermore, I like to mention that Indonesia is negotiating with the former colonial power Portugal under the aegis of the General Secretary of the United Nations to solve the questions concerning East Timor. The Federal Government (of Germany; the transl.) is encouraging both sides to come to a quick and satisfactory result of the negotiations which suits the interest of all parties concerned.

At last I can tell you, that at the occasion of the latest IGGI-meeting I took the opportunity to bring this subject to the attention of the Indonesian delegation and to give them a copy of your letter,

Regards,

Dr. H. Dane

IMBAS

Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN-Staaten

IMBAS, Postfach 11 11 31, 6300 Giessen (West-Germany)

Postfach 111131
63 Gießen
West-Germany

An den Botschafter der
Portugiesischen Republik
Ubierstraße 78

5300 Bonn 2

20. September 1987

Sehr geehrter Herr Botschafter,

mit großer Verwunderung haben wir das offizielle Regierungsprogramm Ihres Landes zur Kenntnis genommen, in dem - erstmals seit Jahren - nicht mehr vom Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Osttimors die Rede ist.

Dies erstaunt uns, weil der Präsident Ihres Landes, Dr. Cavaco Silva, erst im April dieses Jahres anläßlich eines Treffens in Bangkok mit seinem seinerzeitigen Amtskollegen, dem thailändischen Premierminister Prem Tinsulanonda, die Osttimor-Frage zur Sprache brachte. Er kündigte an, daß Portugal seine Möglichkeiten in der EG nutzen würde, gegebenenfalls Druck auf ASEAN auszuüben, um eine Änderung der Haltung zu Osttimor herbeizuführen.

Auch befremdet uns dies sehr, da Artikel 297 der Verfassung der Portugiesischen Republik die Portugiesische Regierung und den Präsidenten auffordert, alle möglichen Maßnahmen zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung Osttimors zu ergreifen.

Von daher ist die Beantwortung der folgenden Fragen für uns von großem Interesse:

...

- Wie beurteilt die neue portugiesische Regierung das Recht der osttimoresischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung?

- Gedenkt die portugiesische Regierung, diesem Recht Nachdruck zu verleihen und wenn ja, mit welchen Mitteln?

- Wie beurteilt die Regierung Ihres Landes die Beziehungen zur indonesischen Regierung (die für den Tod von ca. 200.000 Osttimoresen verantwortlich ist) und wie den Stand der Verhandlungen mit ihr?

- Rechnet die portugiesische Regierung damit, daß die Osttimor-Frage wieder auf die Tagesordnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende dieses Monats kommen wird?

- Wie verhält sich die portugiesische Regierung hierzu und was beabsichtigt sie, in diesem Zusammenhang zu unternehmen?

In diesem Zusammenhang möchten wir uns ferner nach dem Stand der ursprünglich für Ende Juni dieses Jahres geplante "Internationale Parlamentarische Konferenz über Osttimor" erkundigen. Sollte diese Konferenz, die seinerzeit von allen im portugiesischen Parlament vertretenen Parteien beschlossen wurde, nicht stattfinden, bitten wir Sie, uns die Gründe hierfür mitzuteilen.

Wir möchten Sie bitten, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Ferner möchten wir Sie bitten, uns jeweils eine Kopie des "Berichts der Kommission des portugiesischen Parlaments über Osttimor" in den verlegten Sprachen (insbesondere jedoch die portugiesisch- und englischsprachige Fassung) sowie den vollständigen Text des neuen Regierungsprogramms Ihres Landes zu übersenden.

Wir danken für Ihre Bemühungen und verbleiben in Erwartung Ihrer Antwort

mit vorzüglicher Hochachtung

I M B A S